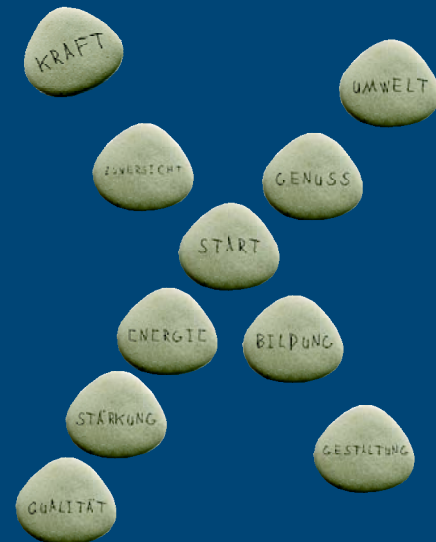


Politik für Brandenburg

10 Wahlprüfsteine



IHK Ostbrandenburg

10 Wahlprüfsteine

der IHK Ostbrandenburg
für die Landtagswahlen am 27. September 2009

Die IHK Ostbrandenburg hat zehn handfeste Erwartungen an die Landespolitik in dieser praktischen Broschüre zusammengefasst. Wir wollen Politikerinnen und Politikern mit diesen Steinen Anstöße geben und wichtige Themen ins Rollen bringen. // Dr. Ulrich Müller, Präsident der IHK Ostbrandenburg

1. Erfolg mit Wirtschaftskraft
2. Beschäftigung schafft Zuversicht
3. Demografie-Offensive Brandenburg starten
4. Bildung ist Zukunft
5. Gestaltung einer modernen Metropolenregion
6. Effiziente Verwaltung als Standortqualität
7. Einzelhandel und Innenstädte stärken
8. Nachhaltige Umweltpolitik
9. Wettbewerbsfähige Energiepolitik
10. Wohlfühlregion Brandenburg

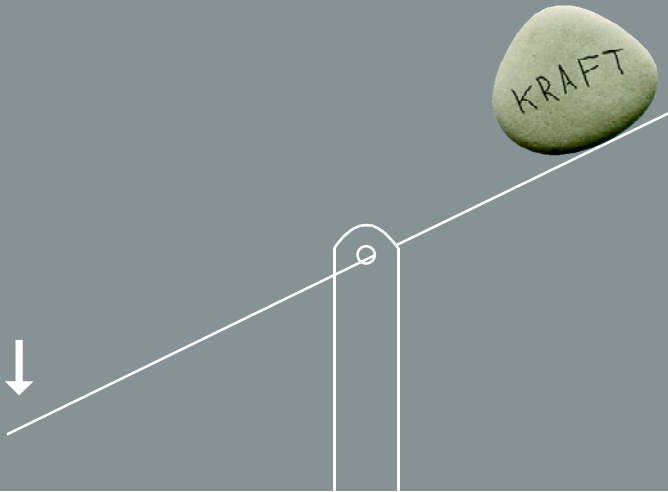


1. Erfolg durch Wirtschaftskraft

Brandenburg hat mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik unter der Zielrichtung „Stärken stärken“ und einer regionalen sowie sektoralen Fokussierung auf Wachstumszentren und Branchenkompetenzfelder wichtige Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur gestellt. 15 regionale Wachstumskerne, 67 Branchenschwerpunktorte und 16 Branchenkompetenzfelder sind als Basis ausgewiesen. Die industriellen Stärken und Kompetenzen des Landes werden von den neuen Strukturen abgebildet. Mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von 3,4 % hat die Brandenburger Industrie in den Jahren von 2000 bis 2007 zum Wirtschaftswachstum wesentlich beigetragen.

Die IHK Ostbrandenburg fordert von den zukünftigen Landtagsabgeordneten:

- Wirtschaftsförderstrategie fortsetzen
- Kompetenznetzwerke ausbauen
- Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft vorantreiben
- Finanzierungsinstrumente mittelstandsfreundlich gestalten
- Verbesserung des Innovationsklimas:



1. Erfolg durch Wirtschaftskraft

Die IHK Ostbrandenburg fordert von den zukünftigen Landtagsabgeordneten:

- **Wirtschaftsförderstrategie fortsetzen:** Kontinuierliche Überprüfung der Portfolios der Regionalen Wachstumskerne, der Branchenkompetenzfelder und der Branchenschwerpunktorte. Auf der Grundlage einer fundierten Wirkungsanalyse sind Nachjustierungen vorzunehmen. Das Landesinnovationskonzept ist fortzuschreiben.
- **Kompetenznetzwerke ausbauen:** Die Vernetzungsprozesse sind in Brandenburg in Gang gekommen, an einer zeitlich begrenzten und degressiven Förderung von unternehmensgetragenen Netzwerken zu selbsttragenden Strukturen ist festzuhalten. Vorhandene Ansätze für neue Netzwerke sind flexibel aufzugreifen.
- **Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft vorantreiben:** Der Technologietransfer aus den Hochschulen ist durch professionelles Innovationsmanagement zu stärken. Kooperationsprojekte von Forschungseinrichtungen und Wirtschaft sollten mit Innovationsgutscheinen unterstützt werden. Innovationspotenziale und Forschungsvorsprünge müssen verstärkt für den Mittelstand genutzt werden.
- **Finanzierungsinstrumente mittelstandsfreundlich gestalten:** Die Genehmigungsverfahren für Förderungen des Landes

müssen unbürokratischer werden. Brandenburg benötigt zur Unterstützung von KMU im High-Tec-Bereich einen eigenen Innovationsfonds.

- **Verbesserung des Innovationsklimas:** Brandenburg ist noch zu wenig als Technologiestandort bekannt. Die Marke Brandenburg muss einen innovativen Charakter erhalten. Moderne Technologien müssen wirksamer als Imagefaktor und zur Wirtschaftsakzeptanz in der Bevölkerung eingesetzt werden.

2. Beschäftigung schafft Zuversicht

Ostbrandenburg hat eine differenzierte Arbeitsmarktlage. Deutliche Stabilisierungen erfahren das Umland von Berlin und industrielle Wachstumskerne. Demgegenüber weisen ländliche Räume im Norden und Osten die deutschlandweit höchsten Arbeitslosenquoten aus. Zur weiteren Schaffung neuer Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung gibt es keine Alternativen, um die Bevölkerung in der Region zu halten und für alle Altersgruppen Zukunftssicherheit zu schaffen.

Die IHK Ostbrandenburg fordert deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

- **Priorität haben Arbeitsplätze**
- **Industrie hat eine Schlüsselrolle**
- **Unterstützung durch EU sicher stellen**
- **Nachfragegerechte Arbeitsförderung**
- **Gestaltung eines D-PL Arbeitsmarktes**

2. Beschäftigung schafft Zuversicht

Die IHK Ostbrandenburg fordert deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

- **Priorität haben Arbeitsplätze:** Alle politischen Ziele und Programme zur Gestaltung des Landes Brandenburg müssen sich an ihrem Beitrag zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung messen lassen. Wirtschaftswachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze mit stabilen Einkommen für die Familien müssen die Bevölkerungsverluste eindämmen und möglichst umkehren.
- **Industrie hat eine Schlüsselrolle:** Wegen der im Deutschlandvergleich geringen Industriedichte und der raumgreifenden Synergien muss der industrielle Sektor absolute Priorität in der Wirtschaftsförderung haben.
- **Unterstützung durch EU sicher stellen:** Die Haushaltspolitik in Brandenburg hat zu gewährleisten, dass ein maximaler Abruf europäischer Strukturfonds und Hilfen des Bundes für die Investitionsförderung ermöglicht wird. Der Anteil der Landeshaushaltsmittel für die Wirtschaftsförderung muss konstant gehalten werden, selbst wenn sich die Kofinanzierungsvolumina für die auslaufende Ziel-1-Förderung der EU reduzieren.
- **Nachfragegerechte Arbeitsförderung:** Für Menschen mit objektiv schwierigem Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und für

spezifische Altersgruppen müssen die Förderungen ausgebaut und noch flexibler auf die Bedingungen der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden.

- **Gestaltung eines D-PL Arbeitsmarktes:** Ostbrandenburg sollte sich als Pilotregion in der Vernetzung des deutschen und polnischen Arbeitsmarktes profilieren. Die Überlastung des polnischen Wohnungsmarktes z.B. muss stärker für das Ansiedlungsmarketing junger Fachkräfte aus dem Nachbarland genutzt werden. Polnische Bürgerinnen und Bürger, die in Ostbrandenburg wohnen, sollten in Ostbrandenburg ohne Einkommensschwelle und ohne Arbeitsmarktprüfung arbeiten können.

3. Demografie – Offensive Brandenburg

Schrumpfende Erwerbsbevölkerung, alternde Gesellschaft und Bevölkerungsrückgang werden sich stark auf Brandenburg auswirken. Bis zum Jahr 2050 wird infolge des Geburtendefizits mit einem Bevölkerungsrückgang in Brandenburg von derzeit 2,58 Millionen auf 1,81 Millionen Menschen gerechnet. Dieser objektive Prozess ist im vollen Gange und wirkt sich in der neuen Legislaturperiode am stärksten im realen Rückgang an Schulabgängern aus.

Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in ihrer Arbeit dazu folgende Schwerpunkte zu setzen.

- Ausbau der Breitbandversorgung beschleunigen
- Unternehmensnachfolge sichern
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen
- Unterstützung demografieorientierter Innovationen,
- Dienstleistungen und Marketing:



3. Demografie-Offensive Brandenburg

Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in ihrer Arbeit dazu folgende Schwerpunkte zu setzen.

- **Ausbau der Breitbandversorgung beschleunigen:** Die Verfügbarkeit des schnellen Internets ist lückenlos in allen Landesteilen zu sichern. Diese IT-Ausstattung ist die Grundlage für mobile Angebote im Gesundheitswesen (Telemedizin, mobile Sprechstunde), im Handel (Bestellungen), im Nahverkehr (Rufbus) und z.B. bei öffentlichen Diensten (online-Amt).
- **Unternehmensnachfolge sichern:** Dies sollte u.a. durch die Förderung von Frauen bei der Existenzgründung, e-learning, Weiterbildungsangebote für Ältere und spezielle berufs begleitende Studienformen erfolgen.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen:** Hierzu sind innovative Arbeitszeitmodelle zu fördern und zeitliche Flexibilität in der Kinderbetreuung abzusichern.
- **Unterstützung demografieorientierter Innovationen, Dienstleistungen und Marketing:** Politische Einflussnahme auf die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Schaffung von Wettbewerben und Auszeichnungen zur Förderung der Produktion angepasster altersgerechter Produkte sowie der Entwicklung mobiler und flexibler Dienstleistungsangebote.

4. Bildung ist Zukunft

Als Träger des dualen Ausbildungssystems ist die Qualität des Schulsystems für die Wirtschaft sehr wichtig. Ebenso ist lebenslanges Lernen ein allseits anerkannter Grundsatz für die Entfaltung der Potenziale jedes Einzelnen und den Fortbestand unserer gesellschaftlichen Werte.

Infolge des demografischen Wandels und der stark wachsenden Bedeutung des Faktors Arbeit für das wirtschaftliche Wachstum sind in Brandenburg überdurchschnittliche Anstrengungen in der Bildungspolitik notwendig. Das Handlungsspektrum ist enorm, weil es von den Kindern im Vorschulalter bis zur Seniorenakademie reicht.

Von den Abgeordneten des Brandenburger Landtages erwarten wir, folgende Anforderungen umzusetzen:

- Bildungsweg beginnt in der Kita
- Mehr Substanz in die Grundschulen
- Berufsorientierung der Schulabgänger verbessern
- Hohe Qualität der Berufsschulen sichern
- Hochschule auch ohne Abitur
- Professionelles Personalmanagement für KMU
- Konjunkturpaket II für die Bildungsinfrastruktur



Zukunft

4. Bildung ist Zukunft

Von den Abgeordneten des Brandenburger Landtages erwarten wir, folgende Anforderungen umzusetzen:

- Bildungsweg beginnt in der Kita: Kindertagesstätten müssen zu Bildungseinrichtungen werden, in denen qualifiziertes Fachpersonal über Individualförderungen den schulischen Bildungsweg einleitet.
- Mehr Substanz in die Grundschulen: In den Grundschulen ist die Qualität des Unterrichts und die außerunterrichtliche Betreuung deutlich zu verbessern. Dazu benötigen die Schulen Bedingungen, um bei Lehrerausfall fachgerechten Ersatz zu haben. Die Höhe der Klassenfrequenzen muss generell flexibler gehandhabt werden. Ebenso ist der schulische Spielraum für die individuelle Überwindung von Lese- und Rechtschreibschwächen sowie die Förderung naturwissenschaftlicher Begabungen sicherzustellen.
- Berufsorientierung der Schulabgänger verbessern: In den Sekundarstufen I und II muss sich die Qualität der Berufs- und Studienorientierung deutlich verbessern. Auch hier benötigen die Schulleiter Entscheidungsspielräume für die Besetzung des Fachunterrichts und für die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft vor Ort.
- Hohe Qualität der Berufsschulen sichern: Berufsschulen müssen die fachtheoretische Ausbildung der Berufe sicher-

stellen. Dazu muss mit geeigneten Maßnahmen der Generationswechsel in den Oberstufenzentren ohne Profilverlust gestaltet werden.

- Hochschule auch ohne Abitur: Die Möglichkeiten des Hochschulzuganges für beruflich Qualifizierte sollen von den Brandenburger Hochschulen verstärkt kommuniziert und durch spezielle Studienangebote unterstützt werden.
- Professionelles Personalmanagement für KMU: Die Personalentwicklung in KMU muss durch den Aufbau von profilierten Beratungsstrukturen vom Land unterstützt werden.
- Konjunkturpaket II für die Bildungsinfrastruktur: Der Wissensstandort Brandenburg braucht Bildungseinrichtungen, die baulich und in der Ausstattung auf dem neuesten Stand der Wissensvermittlung sind.

5. Gestaltung einer modernen Metropolenregion

Die räumliche Nachbarschaft und Verflechtung mit der deutschen Hauptstadt ist ein Segen für Brandenburg. Selbstverständlich resultiert die Prosperität der Metropolenregion Berlin-Brandenburg aus der Nutzung der Potenziale beider Bundesländer.

Der weltweite Trend der Konzentration von Bevölkerung, Wirtschaft und Kapital in Metropolenregionen wird sich nicht ändern. Hieraus ergeben sich auch für Ostbrandenburg bedeutende regionale Entwicklungschancen. Regionen mit Wachstum haben objektiv bessere Möglichkeiten zur Gestaltung als Schrumpfsregionen. Die Dynamik der Bundeshauptstadt und dessen Umland müssen für Ostbrandenburg noch mehr Flächenwirkung erzielen.

Wir erwarten deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

- Gleichberechtigte Zusammenarbeit
- Wachstumsträger Forschungsk Kooperation nutzen
- Zwei Länder mit einem Marketing
- Aufgabenprofil der Landesplanung schärfen
- Ostbrandenburg als Bindeglied zur Republik Polen
- Länderfusion nicht zu den Akten legen



5. Gestaltung einer modernen Metropolregion

Wir erwarten deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

- **Gleichberechtigte Zusammenarbeit:** Das Brandenburger Parlament muss mit dem Berliner Abgeordnetenhaus eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe praktizieren.
- **Wachstumsträger Forschungskooperation nutzen:** Von großer Bedeutung ist, die deutschlandweit höchste Dichte an FuE-Kapazitäten zum stabilen Innovationsträger für die regionale Wirtschaft zu machen. Es sind noch mehr wirtschaftspolitische Instrumente zu entwickeln, um Kooperationen zwischen der mittelständischen Wirtschaft und der angewandten Forschung zu erhöhen.
- **Zwei Länder mit einem Marketing:** Beide Länder müssen das globale Marketing der Metropolregion mit einer übereinstimmenden Strategie betreiben.
- **Aufgabenprofil der Landesplanung schärfen:** Die gemeinsame Landesplanung ist auf das Grundprinzip: Stärken stärken und Flächenwirkung erzielen nachhaltig auszurichten. Der entscheidende Schlüssel dafür ist die Qualität der Verkehrsinfrastruktur. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg muss bei allen Verkehrsträgern der steigenden Nachfrage gerecht werden.

Von der Wirtschaft wird eine gleichrangige landesplanerische Ausrichtung der Metropolregion auf den beiden europäischen Entwicklungsachsen Paris – Moskau und Skandinavien-Adria für wichtig erachtet.

- **Ostbrandenburg als Bindeglied zur Republik Polen:** Die Anziehungskraft Berlins reicht weit in polnische Nachbarregionen hinein. Insbesondere die Landtagsabgeordneten aus Ostbrandenburg müssen dieser geografischen Bindegliedfunktion gerecht werden. Sie sollten mit den Wirtschaftsvertretungen Parlamentsinitiativen abstimmen, um die bilaterale Zusammenarbeit weiter zu entwickeln.
- **Länderfusion nicht zu den Akten legen:** Von den Landtagsabgeordneten wird eine Politik erwartet, die einer modernen Weltmetropole gerecht wird. Selbst wenn die politische Option zur Fusion beider Bundesländer auch in der neuen Legislaturperiode noch nicht an die Bevölkerung herangetragen wird, muss dennoch das politische Tagesgeschäft Einzelbeiträge zur schrittweisen Umsetzung leisten.
- **Katalysatorenrolle von Zukunftstechnologien nutzen:** Der Verzahnungsprozess der Innovationsstrategien beider Länder muss noch intensiver werden. Es sind noch mehr gemeinsame Leitprojekte zu definieren und wirtschaftsnah umzusetzen.

6. Effiziente Verwaltung als Standortqualität

Die Arbeitsweise staatlicher Verwaltungen und das behördliche Handeln vermitteln den Brandenburger Unternehmen und Investoren Eindrücke von politischen und staatlichen Prioritätensetzungen. Für die etablierte Unternehmerschaft und für internationale Investoren ist es dabei sehr wichtig, effiziente Verwaltungen als Partner der Wirtschaft zu wissen. Ein wirtschaftsnaher Rechtsrahmen, moderne, effiziente Verwaltungsarbeit und progressive Denkweisen der handelnden Menschen verschmelzen immer mehr zu einem wichtigen qualitativen Standortfaktor.

Die Brandenburger Landtagsabgeordneten müssen mehr Verantwortung für die Qualität der öffentlichen Verwaltung übernehmen. Dies bedeutet:

- Schnelle politische Vorgaben und rechtliche Rahmensetzungen mit hoher Qualität
- Rechtsnormen der EU oder des Bundes nicht aufstocken
- Novellierung des „Aktionsplanes E-Government“ von 2004
- Leistungswettbewerb der Kommunen organisieren



6. Effiziente Verwaltung als Standortqualität

Die Arbeitsweise staatlicher Verwaltungen und das behördliche Handeln vermitteln den Brandenburger Unternehmen und Investoren Eindrücke von politischen und staatlichen Prioritätensetzungen. Für die etablierte Unternehmerschaft und für internationale Investoren ist es dabei sehr wichtig, effiziente Verwaltungen als Partner der Wirtschaft zu wissen. Ein wirtschaftsnaher Rechtsrahmen, moderne, effiziente Verwaltungsarbeit und progressive Denkweisen der handelnden Menschen verschmelzen immer mehr zu einem wichtigen qualitativen Standortfaktor.

Die Brandenburger Landtagsabgeordneten müssen mehr Verantwortung für die Qualität der öffentlichen Verwaltung übernehmen. Dies bedeutet:

- **Schnelle politische Vorgaben und rechtliche Rahmenseetzungen mit hoher Qualität:** Ungeklärte oder schwebende Rechtslagen verunsichern die Bürger und die Wirtschaft. Ein effizientes Zusammenspiel von Parlament und Verwaltung muss dies ausschließen. (Negativbeispiel: Beiträge für Abwasser-Altanschießer)
- **Rechtsnormen der EU oder des Bundes nicht aufstocken:** Dies muss ein Grundsatz bei der Umsetzung in das Landesrecht sein. Anders kann Brandenburg im europaweiten Wettbewerb um Investoren nicht bestehen. Mit hoher Sorgfalt müssen die Rechtsetzungen im Landtag die Betroffenheit der Wirtschaft

und die Vollzugsbedingungen in der öffentlichen Verwaltung berücksichtigen.

- **Novellierung des „Aktionsplanes E-Government“ von 2004:** Das Innovationstempo in den Informations- und Kommunikationstechnologien muss die Verwaltungseffizienz weiter voranbringen.
- **Leistungswettbewerb der Kommunen organisieren:** Der Landtag sollte die Regierung beauftragen, landeseinheitliche Qualitätssiegel für „wirtschaftsfreundliche Kommunen“ aufzustellen und dazu zweijährig attraktive Wettbewerbe auszuloben.

7. Einzelhandel und Innenstädte stärken

Die Bedeutung des Einzelhandels für die Standort- und Lebensqualität einer Stadt wird häufig unterschätzt. Der Handel in den Innenstädten steht zunehmend unter Druck. Leerstand von Geschäftsräumen macht die innerstädtischen Einkaufsbereiche immer weniger attraktiv. Leider haben sich wichtige private und öffentliche Dienstleister häufig in den Randbereichen angesiedelt. Diesen Trend gilt es umzukehren.

Die IHK Ostbrandenburg erwartet deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten, folgende Schwerpunkte umzusetzen.

- Initiativen unterstützen und zentrale Versorgungsbereiche sichern
- Öffentliche Nutzungen in die Innenstadt zurückholen
- Sanierung innerstädtischer Bausubstanz fortsetzen und öffentlichen Raum herrichten



7. Einzelhandel und Innenstädte stärken

Die IHK Ostbrandenburg erwartet deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten, folgende Schwerpunkte umzusetzen.

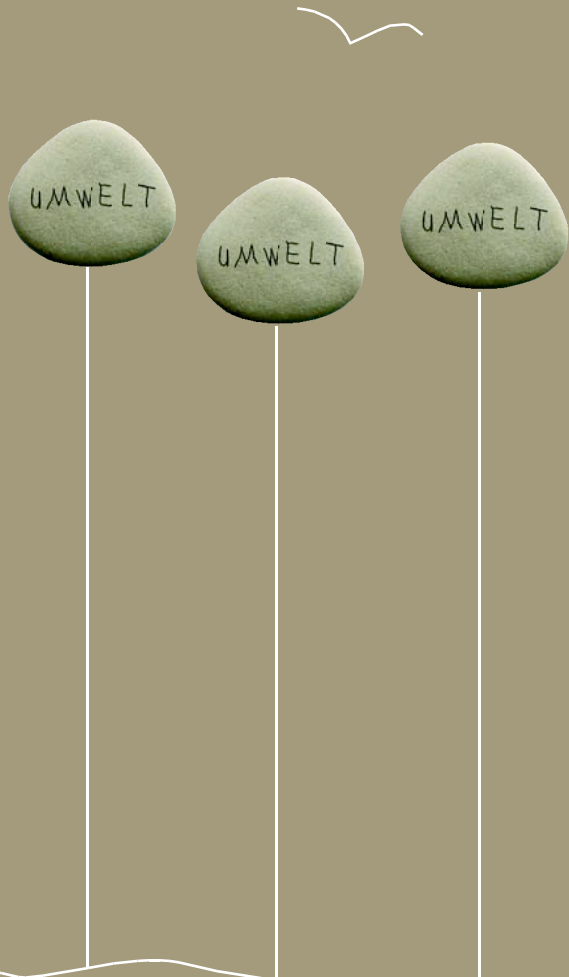
- **Initiativen unterstützen und zentrale Versorgungsbereiche sichern:** Es sind Innenstadt-Managements zu fördern und innerstädtische Arbeitsgemeinschaften zu unterstützen. Für die Handels- und Dienstleistungsattraktivität der Innenstädte muss die KMU-Förderung in der Ansiedlung branchenneutral sein.
- **Öffentliche Nutzungen in die Innenstadt zurückholen:** Ausgelagerte Verwaltungseinrichtungen sollten zur Funktionsstärkung wieder in der Innenstadt siedeln. Das betrifft auch innenstadtnahe Schulen und Kita-Standorte .
- **Sanierung innerstädtischer Bausubstanz fortsetzen und öffentlichen Raum herrichten:** Es sollten Ideen-Wettbewerbe zur Leerstandsbeseitigung durchgeführt werden. Bei Innenstadtsanierungen ist eine unternehmerfreundliche Gestaltungen zu ermöglichen.

8. Nachhaltige Umweltpolitik

Die IHK Ostbrandenburg definiert Nachhaltigkeit in der Gestaltung des Landes aus der Gleichberechtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungserfordernissen. Jede Flächeninanspruchnahme, jeder Eingriff in den Naturhaushalt und jede Investition sind jedoch sehr konkret. In aller Konsequenz bedeutet der Grundsatz der Nachhaltigkeit, dass er stets an den realen Interessen der Landesentwicklung abzuwägen und auszuloten ist. Denn Nachhaltigkeit wäre verfehlt, wenn die Umsetzung Tempoverlust bei Innovationen und Bremsen im Wachstum der Wirtschaft zur Folge hätte.

Der Brandenburger Landtag sollte deshalb folgende Prämissen der Umweltpolitik umsetzen.

- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
- Zusätzliche Belastungen der brandenburgischen Wirtschaft vermeiden
- Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft stärker honorieren



8. Nachhaltige Umweltpolitik

Der Brandenburger Landtag sollte deshalb folgende Prämissen der Umweltpolitik umsetzen.

- **Beschleunigung der Genehmigungsverfahren:** Kurze Genehmigungsverfahren sind ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung und erfordern eine entsprechende Ausstattung der Genehmigungsverfahrensstellen. Das betrifft sowohl die personelle (Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter) als auch technische (elektronische Kommunikation) Ausstattung. Die Wirtschaft erwartet, dass die notwendigen Strukturen in den Umweltbehörden geschaffen werden.
- **Zusätzliche Belastungen der brandenburgischen Wirtschaft vermeiden:** Brandenburgische Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb. Umweltnormen und -standards sind grundsätzlich Kosten- und Wettbewerbsfaktoren. Die Brandenburger Wirtschaft erwartet gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen deutschen und internationalen Unternehmen.
- **Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft stärker honorieren:** Viele Brandenburger Unternehmen haben freiwillig Managementsysteme nach den internationalen Normen eingerichtet bzw. sich als Entsorgungsfachbetrieb zertifizieren lassen. Die Landesregierung sollte solche Umweltmanagementsysteme als effektives Element einer modernen Umweltpolitik besonders fördern. Die bisher umgesetzten Schritte

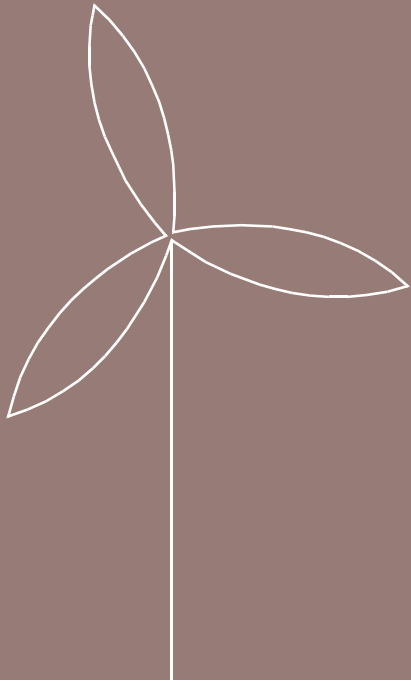
werden als nicht ausreichend eingeschätzt. Die Wirtschaft erwartet, dass Unternehmen mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen bei Gebühren und Berichtspflichten eine deutlich höhere Entlastung erfahren.

9. Wettbewerbsfähige Energiepolitik

Hohe Energiepreise führen zu steigenden Betriebskosten in den Unternehmen. Dies beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit aller Wirtschaftsbranchen. Gleichzeitig bieten die Entwicklung der Wirtschaftsfelder Energieeffizienztechnologien sowie Erneuerbare-Energien-Technologien Potenziale für die Entwicklung der Brandenburger Wirtschaft. Die Energiestrategie des Landes muss sich deshalb auf die Reduzierung des spezifischen Energieverbrauches und der innovativen Energieerzeugung als Wachstums- und Zukunftsfaktor auswirken.

Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in ihrer Arbeit folgende Schwerpunkte zu setzen:

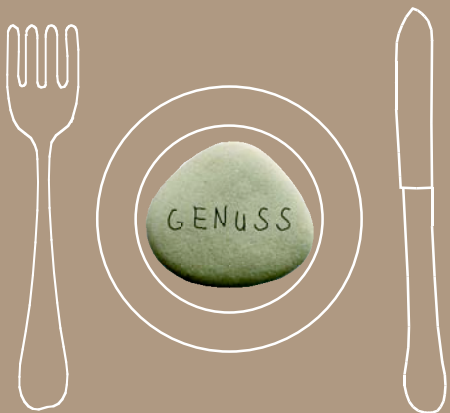
- Rasche und effiziente Umsetzung der in der Energiestrategie 2020 des Landes festgelegten Ziele
- Ausbau der Kompetenzen im Energiebereich
- Solarindustrie als Branchenkompetenzfeld für Brandenburg benennen



9. Wettbewerbsfähige Energiepolitik

Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in ihrer Arbeit folgende Schwerpunkte zu setzen:

- **Rasche und effiziente Umsetzung der in der Energiestrategie 2020 des Landes festgelegten Ziele:** Einfluss auf den Ausbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze für Strom- und Gaserzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Koppelungen. Forcierung klimaverträglicher Braunkohlekraftwerkstechnologien und der Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von Energieeffizienztechnologien und -verfahren.
- **Ausbau der Kompetenzen im Energiebereich:** Schaffung bzw. Ausbau einer leistungsstarken und landesweiten Organisationsstruktur zur kompetenten Beratung von Unternehmen, aber auch Kommunen und sonstigen Institutionen zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und Einsatz innovativer Energietechnologien.
- **Solarindustrie als Branchenkompetenzfeld für Brandenburg benennen:** Hinsichtlich der Bedeutung der Branche für das industrielle Wachstum und der technologischen Eigenständigkeit der Photovoltaik sollte dieser Industriezweig den Status als Brandenburger Branchenkompetenzfeld erhalten.



10. Wohlfühlregion Brandenburg

Die IHK Ostbrandenburg erwartet deshalb von den Abgeordneten des Landtages:

- **Flächendeckende Erreichbarkeit mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln im Land Brandenburg sichern:** Der Ausbau im öffentlichen Personennahverkehr muss in Abstimmung mit der Tourismus- und Verkehrsentwicklung erfolgen. Eine starke Tourismuswirtschaft auf Basis einer gut entwickelten touristischen Infrastruktur ist eine Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen und stärkt die Lebensqualität im ländlichen Raum.
- **Konsequentes, abgestimmtes Tourismusmarketing umsetzen:** Das Themenmarketing und die entsprechende Produktentwicklung sind konsequent weiter zu führen. Die Wirksamkeit der Aktivitäten im Auslandsmarketing und der Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie mit Polen sind weiter zu verbessern.
- **Tourismusförderung weiterführen:** Die regionale Tourismuswirtschaft benötigt weiterhin stabile Förderbedingungen insbesondere in Bezug auf die Angebotsqualitäten und das Schließen von Angebotslücken in der touristischen Infrastruktur. Wachsende Bedeutung muss die Vernetzung der touristischen Angebote mit der Vermarktung regionaler Produkte erlangen.

- **Vorreiterrolle Brandenburgs im barrierefreien Tourismus ausbauen und festigen:** Aufgrund des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Anstieg älterer Zielgruppen mit individuellen Bedürfnissen müssen die Projekte für ein „Barrierefreies Brandenburg“ mit barrierefreien Reisegebieten intensiviert werden.

10. Wohlfühlregion Brandenburg

Die Tourismuswirtschaft hat in den Jahren 1992 bis 2001 eine dynamische Entwicklung zur Schwerpunktbranche vollzogen. Im Ergebnis sind flächendeckend marktorientierte, moderne touristische Angebotsstrukturen entstanden. Brandenburg verfügt über rund 1.500 Beherbergungsbetriebe mit rund 80.000 Gästebetten, die fast 10 Mio. Übernachtungen generieren. Das Gästeaufkommen insgesamt liegt bei 3,6 Mio. (inkl. Camping) und wird durch den Inlandstourismus geprägt. Eine herausragende Rolle spielt dabei der Tagesreiseverkehr. Er umfasst rund zwei Drittel des touristischen Umsatzes und bildet damit ein solides Fundament für das Gewerbe. Mit diesem Ausstattungsniveau muss sich der Fokus in der neuen Legislaturperiode des Landtages noch stärker auf die qualitative Seite der touristischen Leistungen richten.

Die IHK Ostbrandenburg erwartet deshalb von den Abgeordneten des Landtages:

- Flächendeckende Erreichbarkeit mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln im Land Brandenburg sichern
- Konsequentes, abgestimmtes Tourismusmarketing umsetzen
- Tourismusförderung weiterführen
- Vorreiterrolle Brandenburgs im barrierefreien Tourismus ausbauen und festigen

Impressum

Herausgeber: IHK Ostbrandenburg, Puschkinstraße 12 b, 15236 Frankfurt (Oder), www.ihk-ostbrandenburg.de • **Ansprechpartner:** Klaus Kröpelin, Tel. 0335 5621-1300, Fax 0335 5621-1390, kroepelin@ihk-ostbrandenburg.de

Gestaltung: oderart | Büro für Gestaltung, www.oderart.de • **Foto:** Julia Otto

Druck: Tastomat Druck GmbH, Eggersdorf • Gedruckt im Mai 2009.